



Brüssel, den 26. Oktober 2022
(OR. en)

13818/22

**Interinstitutionelles Dossier:
2022/0337(BUD)**

FIN 1111

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.:	13627/22 (COM(2022) 665 final)
Betr.:	Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Leistung von Hilfe für Deutschland, Belgien, die Niederlande, Österreich, Luxemburg, Spanien und Griechenland infolge von Naturkatastrophen, die sich im Laufe des Jahres 2021 in diesen Ländern ereignet haben

1. Die Kommission hat dem Rat am 14. Oktober 2022 einen Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds in einer Gesamthöhe von 718,48 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und Mitteln für Zahlungen, einschließlich des Betrags in Höhe von 6,29 Mio. EUR als Vorschusszahlung, zusammen mit dem entsprechenden Vorschlag für eine Mittelübertragung (Nr. DEC 20/2022)¹ übermittelt.

Ziel dieses Vorschlags ist die Leistung finanzieller Unterstützung für Deutschland (612,61 Mio. EUR), Belgien (87,74 Mio. EUR), die Niederlande (4,71 Mio. EUR), Österreich (0,80 Mio. EUR), Luxemburg (1,82 Mio. EUR), Spanien (9,45 Mio. EUR) und Griechenland (1,35 Mio. EUR) infolge von Naturkatastrophen, die sich im Laufe des Jahres 2021 in diesen Ländern ereignet haben.

¹ Dok. 13628/22.

2. Der Haushaltsausschuss hat den Vorschlag in seiner Sitzung vom 25. Oktober 2022 geprüft und konnte ihn billigen.
 3. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher ersucht, seine Zustimmung zum Wortlaut des Beschlusses über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union in der Fassung des Dokuments 13819/22 zu bestätigen.
-